

BREXIT NEWS

Aktuelle Informationen zum Austritt des
Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000
Redaktion: Mathias Dubbert | E-Mail: dubbert.mathias@dihk.de | www.dihk.de

September 2017

Eine Mehrheit der britischen Wähler hat sich im Juni 2016 für den Austritt aus der EU entschieden. Angesichts der tiefgreifenden Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft bündelt der DIHK für Sie mit einem monatlichen DIHK Brexit-Newsletter relevante Informationen.

Thema des Monats.....	2
Auswirkungen des Brexit auf die EU-Regionalpolitik.....	2
Wichtige Entwicklungen.....	3
DIHK-Präsident Eric Schweitzer fordert Zusammenhalt der EU.....	3
Vierte Brexit-Verhandlungsrunde führt nicht zu einem Durchbruch	3
Mays Rede in Florenz bringt wenig Erleuchtung	3
Tagung des Europäischen Rates zu Artikel 50.....	4
May bespricht mit Tusk den Weg zu einer neuen Partnerschaft	4
Außenminister Boris Johnson sorgt für Aufruhr.....	4
Brexodus: EU-Bürger wandern aus.....	4
Deutschland bewirbt sich um EU-Agenturen EMA und EBA.....	5
Finanzplatz Frankfurt an der Pole-Position für Brexit Banker	5
EU Withdrawal Bill nimmt die erste Hürde.....	5
May zu Handelsgesprächen in Ottawa	6
Britische Unternehmen fordern Übergangsregelung	6
Oliver Robbins wird Theresa Mays neuer Berater	6
Hintergrundmaterial.....	7
Brexit – Auswirkungen auf die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz.....	7
Weitere Positionspapiere der Briten	7
Brexit und die Bewegungsfreiheit in der EU.....	7
Volkswirtschaftliche Kennzahlen UK.....	8
Ressourcen.....	10

*Thema des Monats***Auswirkungen des Brexit auf die EU-Regionalpolitik**

Der Brexit hat weitreichende Folgen für die EU, insbesondere auch für Deutschland. Neben den bereits jetzt spürbaren wirtschaftlichen Einbußen wird es zusätzlich zu Änderungen in der EU-Regionalpolitik kommen. Der Brexit wird eine Haushaltslücke von schätzungsweise zehn Milliarden Euro pro Jahr hinterlassen, sobald Großbritannien als zweitgrößter Nettozahler fehlt. Dies hat zur Folge, dass auch die Struktur- und Kohäsionsfonds der EU schmaler werden.

Für Deutschland werden die Auswirkungen vor allem im Osten spürbar sein, da nach jetzigem Stand überwiegend Gebiete der ostdeutschen Bundesländer zu den sogenannten Übergangsregionen zählen (BIP pro Kopf zwischen 75% und 90% des EU-Durchschnitts). Scheidet Großbritannien aus der EU aus, wird das durchschnittliche BIP pro Kopf in der EU sinken. Dadurch werden die deutschen Regionen gemessen am durchschnittlichen EU-BIP pro Kopf „reicher“ und die deutschen Übergangsregionen werden zu „stark entwickelten Regionen“, die dann weniger förderfähig im Sinne der Struktur- und Kohäsionsfonds sind. Dadurch werden die EU-Fördermittel für Deutschland stark reduziert.

In der aktuellen Förderperiode erhalten deutsche Übergangsregionen rund 1.050 Euro pro Kopf. Deutsche „stark entwickelte Regionen“ erhalten nur rund 90 Euro pro Kopf. Sollten alle deutschen Übergangsregionen nach dem Brexit in die Kategorie „stark entwickelte Regionen“ fallen, werden ihnen Fördergelder im Wert von rund 10,5 Milliarden Euro für die nächste Periode fehlen. Ihnen bleibt also nur ein Fünftel der bisherigen Summe.

Ob das tatsächlich so kommen wird, ist jedoch unsicher. Aktuell wird darüber diskutiert, wie man den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ohne den UK-Beitrag ausgleichen könnte. Folgende Szenarien sind möglich: Erstens den MFR proportional anpassen, zweitens entsprechende Kürzungen bei den Nettoempfängern vornehmen oder drittens die Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten erhöhen. Beim dritten Szenario hängt die Mehrbelastung vom Bruttonationaleinkommen ab, was bedeutet, dass bei einer Lücke von zehn Milliarden Euro pro Jahr, die durchschnittliche Beitragssteigerung bei acht Prozent liegen würde. Auf Deutschland würden Mehrkosten von ungefähr drei Milliarden Euro pro Jahr zukommen. Um die Beitragssteigerung möglichst gering zu halten, wäre eine Kombination der drei Szenarien sinnvoll.

Die reduzierten Fördergelder und die Beitragssteigerungen wird Deutschland spüren – Deutschland könnte unterm Strich mehr zahlen und weniger bekommen. Dabei dürfen die Vorteile der EU-Regionalpolitik für Deutschland nicht vergessen werden. Schließlich trägt die Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten im Euroraum zur Stabilität des Euro bei und stärkt die Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern im EU-Ausland. Darüber hinaus erhöht sie die politische Stabilität der EU sowie die Akzeptanz des EU-Binnenmarktes in der Bevölkerung. In Anbetracht der aktuellen Herausforderungen gilt es diesen Punkt nicht zu unterschätzen. Weitere Informationen zum Thema finden Sie [hier](#).

Holger Kindler

Wichtige Entwicklungen

DIHK-Präsident Eric Schweitzer fordert Zusammenhalt der EU

Der [DIHK-Präsident Eric Schweitzer](#) forderte am 28. September den weiteren Zusammenhalt der EU und damit des Binnenmarktes, auch wenn die Wirtschaftsbeziehungen zu Großbritannien dabei Schaden nehmen können. Dies ist ein Ergebnis des jüngst vorgestellten IHK-Unternehmensbarometers, wonach fast 9 von 10 Unternehmen (87 %) der Aussage zustimmen, dass der Fortbestand des EU-Binnenmarktes oberste Priorität hat. Dies ist ein wichtiges Signal für die laufenden Brexit-Verhandlungen, denn bei allen Wünschen nach einer engen Anbindung Großbritanniens an die EU dürfen die Verhandlungen nicht dazu führen, dass andere EU-Staaten dem Beispiel folgen, aus der EU auszutreten. Dies hätte die Erosion der EU und des Binnenmarktes zur Folge.

Vierte Brexit-Verhandlungsrunde führt nicht zu einem Durchbruch

Michel Barnier und David Davis gaben zum Ende der vierten Verhandlungsrunde am 28. September eine gemeinsame Pressekonferenz zu den [Ergebnissen](#). Laut Davis wurden entscheidende Fortschritte erzielt, vor allem im Bereich der Bürgerrechte. Barnier sprach zwar auch von Fortschritten, allerdings wären diese noch immer nicht ausreichend, um in die nächste Verhandlungsphase – Verhandlung über die künftigen Beziehungen – überzugehen. Detaillierte Infos zum Stand der Verhandlungen finden sie [hier](#).

Mays Rede in Florenz bringt wenig Erleuchtung

Das Kloster Santa Maria Novella in Florenz bildete vergangenen Freitag die Kulisse für Theresa Mays [Brexit-Rede](#). Die Hoffnungen waren groß, doch das Ergebnis eher unbefriedigend. Die Premierministerin äußerte sich etwas präziser zu den Rechten der EU-Bürger. Sie sicherte zu, dass alle EU-Bürger, die sich bereits in Großbritannien aufhalten, auch bleiben können. Leider gab es erneut weder Details zu den sozialen Rechten der Arbeitnehmer noch zu einem eventuellen Familiennachzug. Auch zur Höhe der Austrittsrechnung hat es keine Zusagen gegeben. May schlägt eine Übergangsphase mit einer Dauer von zwei Jahren vor, allerdings hat sie die Ausgestaltung dieses Übergangs nicht näher erläutert. May hat außerdem offengelassen, was nach diesen zwei Jahren geschehen soll. Die Unternehmen benötigen Planungssicherheit und keine Verlängerung der Hängepartie, [forderte](#) DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben. May hat die Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen betont und genau da sollten beide Seiten konkreter werden.

Tagung des Europäischen Rates zu Artikel 50

Am 25. September fand die [Tagung des Europäischen Rates](#) für Allgemeine Angelegenheiten statt. Michel Barnier äußerte sich kurz zum Fortschritt der Brexit-Verhandlungen. Er begrüßte den konstruktiven Ansatz von Mays Rede und forderte ihre Regierung auf, eine konkrete Verhandlungsposition zu formulieren. Ausreichende Fortschritte in den drei Kernpunkten Bürgerrechte, Klärung der Finanzen und die Grenze zu Nordirland gebe es noch keine. Diese offenen Fragen müssten geklärt werden, bevor die Verhandlungen über die künftige Beziehung zu Großbritannien starten könnten, die ursprünglich ab Oktober vorgesehen waren.

May bespricht mit Tusk den Weg zu einer neuen Partnerschaft

Theresa May traf am 26. September den EU-Rats-Präsidenten Donald Tusk, um die Möglichkeiten zum Aufbau [neuer Beziehungen zwischen Großbritannien und der EU](#) zu besprechen. May gab sich optimistisch im Hinblick auf eine gute zukünftige Partnerschaft nach dem Brexit. Sie hielt an ihrer Forderung nach einer einzigartigen und starken wirtschaftlichen Gemeinschaft fest, die sich auf freien Handel und gemeinsame Standards konzentrieren soll. Tusk lobte Mays Florenz-Rede als konstruktiven Schritt für die weiteren Verhandlungen. Sie hätten Fortschritte im Bereich der Bürgerrechte gemacht und konzentrieren sich jetzt auf eine Lösung für die irische Grenze. May betonte in dem Gespräch die Wichtigkeit einer Übergangsphase, die als Brücke zu ihrer zukünftigen Partnerschaft dienen soll und darüber hinaus Sicherheit für alle bieten solle.

Außenminister Boris Johnson sorgt für Aufruhr

[Außenminister Johnson](#) veröffentlichte Mitte September einen Artikel über seine Brexit-Version. Er ist der Meinung, dass Großbritannien der EU keine Beiträge für den Zugang zum EU-Binnenmarkt zahlen solle. Außerdem wiederholte er noch einmal sein Statement aus der „Vote Leave“-Kampagne, wonach der Brexit 350 Millionen Britische Pfund pro Woche einsparen würde. David Norgrove, Chef des Statistikamtes, kritisierte Johnson für diese falsche Aussage, da der Brexit nur 161 Millionen Euro pro Woche einsparen könne. Theresa May ließ den Beitrag ihres Außenministers unkommentiert.

Brexodus: EU-Bürger wandern aus

Ende September wurde ein [Artikel auf EU-Info](#) veröffentlicht, der sich mit den Schicksalen von EU-Ausländern in Großbritannien auseinandersetzt. Rund 3,2 Millionen EU-Bürger leben derzeit in Großbritannien ohne zu wissen, wie es nach dem Brexit weitergeht. 122 000 EU-Bürger verließen binnen eines Jahres das Land. Zudem sank die Zuwanderung nach UK um 81 000 Menschen. Die 1,2 Millionen Briten im EU-Ausland leben in ähnlicher Ungewissheit: So ließen sich allein in Deutschland im letzten Jahr 2865 von insgesamt etwa 106 000 in Deutschland lebende Briten einbürgern.

Deutschland bewirbt sich um EU-Agenturen EMA und EBA

Durch den Brexit wird eine Verlegung der in London ansässigen Arzneimittel-Agentur sowie der Bankenaufsicht ([EMA und EBA](#)) notwendig. Die EU-27 Mitgliedsstaaten konnten sich bis Ende Juli 2017 für die Agenturen bewerben; Deutschland möchte die EMA nach Bonn holen und die EBA nach Frankfurt am Main. Allerdings müssen die Agenturen auf zwei Staaten verteilt werden. Die Mitgliedsstaaten werden im November am Rande der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) über den Sitz beider Agenturen in einer Abstimmung in mehreren Wahlgängen entscheiden. Wie Bonn die sechs vorgegebenen Kriterien erfüllt, hat die Stadt in einem [Magazin und in einem Video](#) präsentiert. Bonn wirbt mit seiner guten Anbindung zu internationalen Flughäfen, mit bedeutenden Wissensstandorten, verhältnismäßig geringen Mieten, internationalen Schulen, vielen Hotels und Tagungszentren und einem familienfreundlichen Umfeld.

Finanzplatz Frankfurt an der Pole-Position für Brexit Banker

Sollten die aus London operierenden Banken ihren EU-Pass verlieren, der sie für EU-Geschäfte lizenziert, stehen laut einiger Studien [die Chancen Frankfurts](#) gut, dass rund 8000 Finanzbeschäftigte dorthin ziehen werden. Frankfurt hat einige Qualitäten vorzuweisen, wie die Stabilität und Stärke der deutschen Volkswirtschaft, den Sitz der EZB, gute Infrastruktur, vergleichsweise günstige Büromieten, hohe Lebensqualität durch renommierte Forschungseinrichtungen, internationale Schulen, reichhaltiges Freizeitangebot und Naherholungsgebiete im Umland. Frankfurt könnte auch der neue Standort der Aufsichtsbehörde EBA werden (s.o.). Frankfurt ist schon jetzt Sitz von 160 Auslandsbanken.

David Davis hält Rede vor der US Chamber of Commerce

[David Davis](#) betonte in einer Rede in Washington Anfang September das oberste Ziel der UK, die weitere erfolgreiche Zusammenarbeit mit der EU zu sichern. Davis lobte den freien Handel als die größte Errungenschaft der letzten 50 Jahre und hofft auf weitere enge Zusammenarbeit mit amerikanischen Unternehmen. Die Wirtschaft beider Länder habe in den letzten Jahren gelitten, weshalb sie sich Geld leihen müssten, um die Produktivität und die Löhne zu verbessern. Durch die neue Strategie solle die nationale Ökonomie gesteigert werden und für alle profitabel sein. Die Briten fordern die Liberalisierung des Dienstleistungs-Sektors, wofür sie Verbündete in multilateralen Institutionen, wie der WTO, suchen. Großbritannien wünsche sich, mit Verbündeten die globalen Standards zu erhöhen und neue Freihandelsabkommen abzuschließen – auch mit der EU.

EU Withdrawal Bill nimmt die erste Hürde

Die [European Union Withdrawal Bill](#) hat es mit einer knappen Mehrheit von 36 Stimmen durch die [zweite Lesung](#) im House of Commons geschafft. Die Konservativen und die DUP waren fast geschlossen dafür, auch sieben Mitglieder der Labour Party haben sich für den Gesetzesentwurf ausgesprochen. Das Austrittsgesetz soll den European Communities Act von 1972 aufheben und mehr als 12.000 EU-Vorschriften vorerst in britisches Recht überführen. Im nächsten Schritt stimmt das House of Lords über den Entwurf ab, bevor er wieder an das Unterhaus zurückgeht.

May zu Handelsgesprächen in Ottawa

May und ihr kanadischer Kollege Trudeau haben am 18. September in einer [Pressekonferenz](#) ihre gemeinsamen Ziele für die Zukunft erläutert. Im Fokus standen Innenpolitik, Handel, Investitionen und Kooperationen in Sachen Verteidigung und Sicherheit. Ihre Zusammenarbeit habe eine lange Geschichte und werde daher auch in Zukunft weiterbestehen. Nach dem Brexit wird es ein bilaterales Abkommen zwischen Kanada und der UK nach CETA-Vorbild geben, doch zunächst müsse der Brexit vollzogen sein.

Britische Unternehmen fordern Übergangsregelung

Der britische Industrieverband CBI teilte in einem offenen Brief mit, dass ungefähr 100 britische Unternehmen eine [Übergangslösung](#) wegen der andauernden Ungewissheit fordern. Die Unterzeichner beschäftigen sowohl in UK als auch in der EU insgesamt mindestens eine Millionen Menschen. Im Falle eines harten Brexit sind somit viele Arbeitsplätze und das Geschäftswachstum auf beiden Seiten bedroht. Das Problem für die Unternehmen ist dabei, dass Großbritannien auch ohne Vereinbarungen aus der EU ausscheiden könnte und dadurch u. a. die Einführung von Zöllen droht.

Oliver Robbins wird Theresa Mays neuer Berater

Oliver Robbins, ehemaliger Staatssekretärs im Brexit Ministerium, ist seit kurzem [der neue EU-Chefberater von Theresa May](#). Sein Nachfolger wird sein ehemaliger Stellvertreter Philip Rycroft. Grund für seinen Wechsel ist das Anstehen der intensiveren Phase der Brexit-Verhandlungen. Durch Robbins Wechsel möchte Frau May ihre Verhandlungsposition stärken.

Hintergrundmaterial

Brexit – Auswirkungen auf die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Die IHKs des Landes Rheinland-Pfalz haben ihre außenwirtschaftsaktiven Mitgliedsunternehmen um eine [Einschätzung](#) zum Thema Brexit gebeten. Im Fokus der Befragung im August standen die zu erwartenden bürokratischen Belastungen hinsichtlich zukünftiger Zollabfertigungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Aus der Gesamtzahl von 108 Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen nach Großbritannien ergaben sich Durchschnittskosten von 12 Euro pro Zollanwendung und 22 Euro pro Präferenzdokument. Alle Firmen mit einem bedeutenden Absatzmarkt nach Großbritannien (größer fünf Prozent), können nach dem Brexit mit einem durchschnittlichen Mehraufwand von bis zu 960 Euro – gegebenenfalls auch höher – pro Monat rechnen. Unternehmen mit einem kleineren Absatzmarkt nach Großbritannien müssen mit circa 455 Euro Mehrkosten pro Monat rechnen.

Weitere Positionspapiere der Briten

Großbritannien hat Anfang September ein sogenanntes „Future Partnership Paper“ zum Thema [Wissenschaft und Innovation](#) veröffentlicht. Der Fokus liegt dabei auf der Aushandlung neuer Verträge zur weiteren Beteiligung der UK an bestehenden Forschungsprogrammen der EU und von internationalen Partnern. Mitte des Monats folgten zwei weitere Papiere mit den Themen [„foreign policy, defense and development“](#) und [„security, law enforcement and criminal justice“](#). Sie behandeln weitestgehend den Grad der Zusammenarbeit zwischen der UK, den EU27-Staaten und den Dritt-Staaten im Bereich der Sicherheit nach dem Brexit.

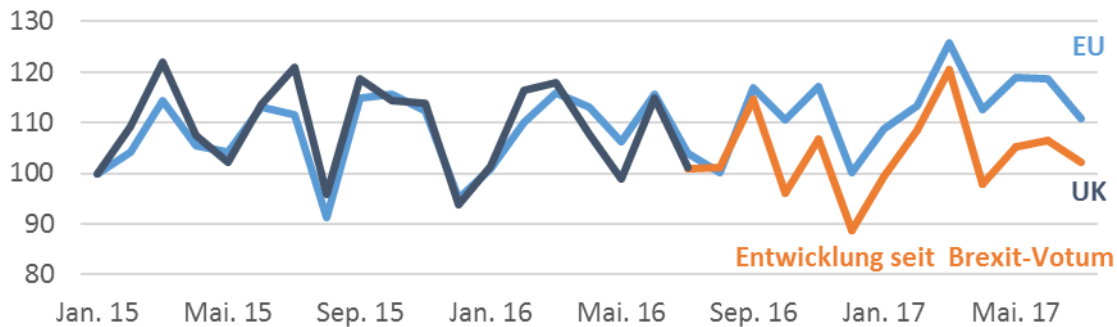
Brexit und die Bewegungsfreiheit in der EU

Ein zentraler Streitpunkt in den Brexit-Verhandlungen ist die Bewegungsfreiheit der EU Bürger. Im Rahmen eines [Forschungsprojekts](#) „Repair and Prepare: Strengthen the Euro“ der Bertelsmann Stiftung und des Jaques Delors Instituts wurde Federico Fabbrini, Professor für Europarecht, zu diesem Thema interviewt. Es werden die rechtlichen Grundlagen, die Bedeutung und die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit behandelt. Was das Konzept beinhaltet, wer davon profitiert und was der Brexit in diesem Kontext bedeutet, sind weitere zentrale Fragen, die im Interview behandelt werden.

Volkswirtschaftliche Kennzahlen UK

Deutsche Ausfuhren nach Großbritannien

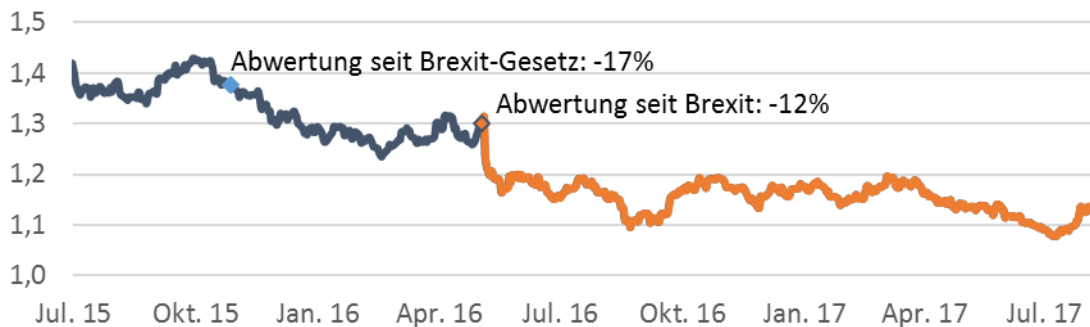
(01/15=100, Monatswerte; Quelle: [DeStatis](#), eigene Berechnungen)



DIHK-Kommentar: Die Erholung im ersten Quartal war nicht von Dauer. Insgesamt steht für das erste Halbjahr ein Rückgang von -3% (ggü. Vorjahreszeitraum). Im Juli sind die Exporte ebenfalls leicht gesunken.

Wechselkurs Pfund - Euro

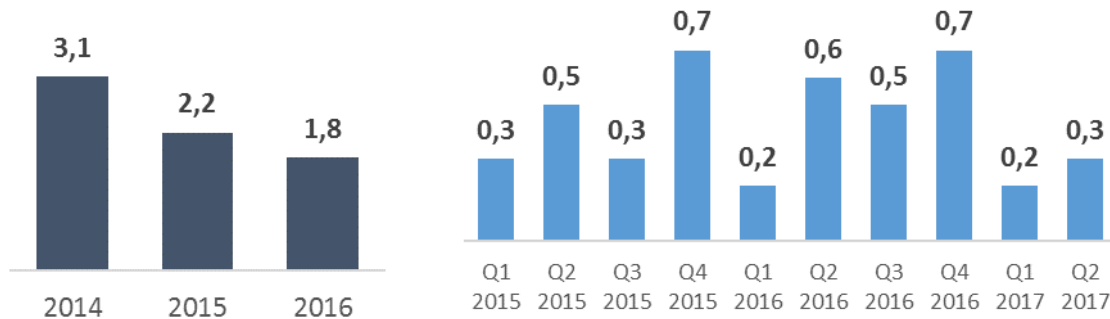
(Quelle: [finanzen.net](#); Stand: 25.08.17)



DIHK-Kommentar: Das Pfund hat seit dem Brexit-Votum insgesamt stark abgewertet, trotz der aktuellen Erholung. Dies verteuert Importprodukte und führt zu höheren Einkaufspreisen für Unternehmen vor Ort sowie zu weniger Konsumspielräumen für Verbraucher. Gleichzeitig werden britische Exportprodukte günstiger und damit preislich wettbewerbsfähiger.

Bruttoinlandsprodukt Großbritannien

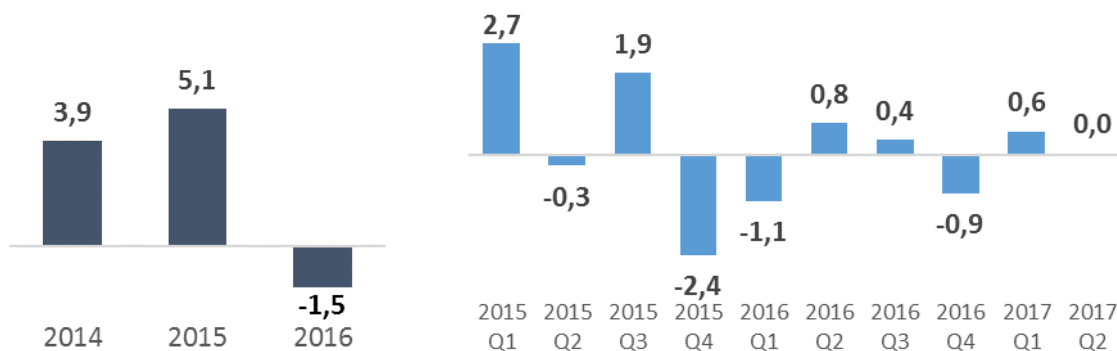
(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %; saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Im ersten und zweiten Quartal 2017 ist die britische Volkswirtschaft nur schwach gewachsen. Das Wachstum fällt mit 0,3 % schwächer aus als im EU-Schnitt (0,6%). In der britischen Bauwirtschaft (-1,3%) und Industrie (-0,6%) ist die Wirtschaftsleistung sogar gesunken.

Gewerbliche Investitionen Großbritannien

(Veränderung ggü. Vorjahr bzw. Vorquartal in %, saison- und preisbereinigt; Quelle: [Office for National Statistics UK](#))



DIHK-Kommentar: Die gewerblichen Investitionen entwickeln sich nach dem Rückgang im letzten Jahr weiter verhalten. Die Brexit-Verhandlungen stellen einen großen Unsicherheitsfaktor aus Sicht der Unternehmen dar.



Ressourcen

Informationen direkt aus London erhalten Sie auch auf der Homepage der [Deutsch-Britischen AHK](#).

Weitere Informationen finden Sie beim [Bundesministerium für Wirtschaft und Energie](#):

Brexit-Hotline: 030-340 6065 61, E-Mail: brexit@buergerservice.bund.de

Das könnte Sie auch interessieren – DIHK Trade News:
<https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>